

Az.: 15/11-1/3-96

Bekanntmachung eines Wortes der Synode

Nachstehend wird folgendes auf der Tagung der Landessynode in Weiden am 25. März 2010 beschlossene Wort bekannt gegeben.

München, 25. März 2010

Die Präsidentin der Landessynode

Dr. Dorothea Deneke-Stoll

Wort der Landessynode

Zur Lage der Universitäten und Hochschulen

Bildung ist ein breites Feld kirchlichen Handelns, zu dem auch der Bereich der Universitäten und Hochschulen gehört. Die historische Entstehung von akademischen Bildungseinrichtungen ist maßgeblich von den Kirchen mitverantwortet gewesen. Der Protestantismus verstand sich von Anfang an als eine Bildungsbewegung. Neben der allgemeinen Bildung für alle lag ihm die besondere akademische Bildung am Herzen. Namentlich Philipp Melancthon hatte großen Einfluss auf die Entwicklung der deutschen Landesuniversitäten. Aus diesem geschichtlichen Erbe heraus betrachten die Kirchen die Begleitung der universitären Entwicklung als Teil ihrer gesellschaftlichen Bildungsverantwortung. Im Bereich der Theologie, der Religionspädagogik, der Kirchenmusik, der Sozialpädagogik und der Diakonie- und Pflegewissenschaften ist die Evangelische Kirche unmittelbar an der Hochschulausbildung beteiligt. Die Evangelische Kirche fragt insbesondere nach den Maßstäben, an denen auch die universitäre Bildung in ihrer humanen Qualität zu messen ist (EKD-Denkschrift „Maße des Menschlichen“ 2003).

Die Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern hat sich im Frühjahr 2009 mit den Studiengebühren und im Herbst 2009 mit den Protesten der Studierenden beschäftigt. Zeitgleich hat die Evangelische Jugend in Bayern ein bildungspolitisches Positionspapier erarbeitet und u.a. der Landessynode zur Stellungnahme vorgelegt. Im Februar 2010 veranstaltete der Ausschuss für Bildung, Erziehung und Jugend der Landessynode ein hochschulpolitisches Gespräch und lud dazu Vertreterinnen und Vertreter der Parteien im bayerischen Landtag ein. Mit dem nachfolgenden Text möchte die Landessynode nun ihrerseits zur Lage der Universitäten und Hochschulen Stellung beziehen.

1. Zur Rolle der Universitäten und Hochschulen in der Gesellschaft

Universitäten und Hochschulen sind wichtige Bildungs- und Forschungseinrichtungen unserer Gesellschaft. Ihre innovativen Potenziale werden heute zur Weiterentwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft dringend benötigt. Dabei sind Grundlagenforschung und Anwendungsorientierung beide gleichermaßen wichtig und dürfen nicht institutionell gegeneinander ausgespielt werden. Sie müssen im Gegenteil aufeinander bezogen sein: Wissenschaft muss sich den aktuellen Problemen unserer Zeit zuwenden, aber auch Formen einer bloßen Anwendungsorientierung kritisch begleiten können. So nähern sich Universitäten und Fachhochschulen gegenwärtig an, ohne deshalb ihre Schwerpunktsetzungen nivellieren zu müssen.

Kontakte zur Wirtschaft sind für die Universitäten und Hochschulen im Sinne einer praxisnahen Forschung und Lehre für viele Fächer unerlässlich. Sie dürfen aber nicht dazu führen, dass Universitäten und Hochschulen allein unter ökonomischen Faktoren betrachtet werden. Die Freiheit von Forschung und Lehre ist ein hohes Gut. Sie darf nicht durch Kategorien der Profitorientierung beschädigt werden.

So wünschenswert eine fachbezogene Berufsausbildung durch ein Studium auch ist, so sehr plädieren wir doch zugleich auch für die Weiterentwicklung der Persönlichkeit im Sinne des Erwerbs einer kritischen Teilhabe an der Gesellschaft als einer wichtigen Bildungsaufgabe im Studium. Studien- und Prüfungsordnungen sind so zu konzipieren, dass für eigene Fragen einer sinnorientierten Auseinandersetzung mit den Studieninhalten ebenso Zeit und Raum bleibt wie für ehrenamtliches Engagement, z.B. in der Kirchlichen Studierendenseelsorge oder

in der verfassten Studierendenschaft. Die Mitgestaltungsrechte der Studierenden an den Belangen einer Fakultät müssen eine sinnvolle studentische Interessensvertretung möglich machen.

Die Frage nach der „Ethik in den Wissenschaften“ ist in allen Fachgebieten unerlässlich. Auch die Theologien haben daran einen wichtigen Anteil, indem sie im Kontext religiöser Pluralität Fragen der persönlichen Sinnorientierung und Perspektiven der gesellschaftlichen Zukunftsgestaltung in den interdisziplinären Diskurs der Wissenschaften mit einbringen. Dies hat der Wissenschaftsrat in seinem Gutachten zur Stellung der Theologien an den staatlichen Universitäten (Januar 2010) zu Recht betont. Eine auf eine verantwortungsvolle Ethik zielende wissenschaftliche Ausbildung kommt unserer Gesellschaft in allen ihren Teilbereichen zugute.

2. Zur Bedeutung der Geisteswissenschaften

Die Entwicklung der Universitäten und Hochschulen wird heute maßgeblich von den Naturwissenschaften dominiert. An vielen Orten gelten sie als das Erfolgsmodell universitärer Entwicklungen und Reformen. Demgegenüber geraten die Geisteswissenschaften - und mit ihnen die Sozialwissenschaften - zunehmend unter Legitimierungsdruck. Obwohl international höchst erfolgreich, gelten sie vielfach als Einsparpotenzial, weil sie mit ihrem Drittmittelaufkommen (und ihrem Drittmittelbedarf!) mit den durch die Naturwissenschaften eingespielten Beträgen nicht Schritt halten können.

Die Geisteswissenschaften tragen jedoch mit ihren Kulturanalysen und gesellschaftlichen Diskursangeboten wesentlich zur Weiterentwicklung unserer Wert- und Sinnsysteme bei. Auch wenn ihre Ergebnisse sich nicht unmittelbar als Geldwert definieren lassen, so sind sie doch für eine humane Entwicklung unserer Gesellschaft überaus wertvoll. Geisteswissenschaften reflektieren unsere sprachlichen Verständigungsmuster, deren sich auch Naturwissenschaften bedienen. Sie halten das kulturelle Gedächtnis unserer geschichtlichen Entwicklung aufrecht und spielen alternative Lebensmodelle früherer Gesellschaftsformen ein. Sie entwickeln die Dialogfähigkeit zwischen den Kulturen und haben so am Aufbau einer verantwortungsvollen und geschichtsbewussten Identität einen unverzichtbaren Anteil. Aus diesem Grund kann eine stabile und offene Gesellschaft nicht auf diese kulturelle Selbstreflexion verzichten, wie sie durch die Geisteswissenschaften in vielfältiger Weise geleistet wird. Schon im 5. Buch Mose heißt es: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, sondern von allem, was das Wort des Herrn schafft“ (Dtn 8,3). In diesem Sinne gilt auch für die akademische Ausbildung, dass die in den Geisteswissenschaften traktierte Frage nach den Vorstellungen eines verantwortungsvollen, humanen Lebens ein unverzichtbarer und damit auch finanziell zu fördernder Bestandteil des akademischen Fächerangebots bleiben muss.

3. Zur gegenwärtigen Strukturreform an Universitäten und Hochschulen

Die gegenwärtige Strukturreform unserer Universitäten und Hochschulen hatte gemäß den EU-Vereinbarungen von Bologna im Jahre 1999 die Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums zum Ziel. Außerdem sollte die Wettbewerbsfähigkeit Europas als Bildungsstandort weltweit gestärkt werden. Diese Ziele begrüßen wir. Eine Gesellschaft, in der 30% und mehr der jungen Generation an die Universitäten und Hochschulen drängen und in der die Mobilität in einem vereinten Europa möglich geworden ist wie nie zuvor, braucht eine andere Universitätsstruktur als dies für die kleinen Nationalstaaten im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts der Fall war. Viele der Ideen und Ziele der jetzigen Strukturreform sind sinnvoll. Hierzu zählt nicht zuletzt das Lehrangebot, das nun wesentlich

deutlicher am Ausbildungsziel des jeweiligen Studiengangs orientiert ist.

Als problematisch haben sich jedoch folgende Problemkreise erwiesen, die mit dieser Strukturreform sichtbar wurden.

- Die Studienpläne sind zum Teil so eng konzipiert, dass für eigene Akzentsetzungen kaum Raum bleibt. Hinzu kommt ein Übermaß an examensrelevanten Teilprüfungen vom ersten Semester an. Beides hat zur Folge, dass Formen gesellschaftlichen Engagements innerhalb und außerhalb der Universitäten und Hochschulen nur noch bedingt möglich sind. Hier ist – wie auch die Studierenden selbst anmahnen – dringend eine Überarbeitung der Rahmenbedingungen nötig.
- Die Neustrukturierung der Studiengänge erfolgt in Deutschland lokal statt zentral und führt dazu, dass die Mobilität der Studierenden auf Grund nicht zusammenpassender Modulstrukturen schon auf der nationalen Länderebene weitgehend abgebaut wird. Auch wer innerhalb Bayerns die Universität wechselt, muss in der Regel ein zusätzliches Studienjahr einplanen. Hinzu kommt, dass im internationalen Kontext der deutsche Bachelor mit seiner dreijährigen Grundstruktur mit dem angelsächsischen Modell eines vierjährigen Bachelor konkurriert. Dies hat zur Folge, dass ein Wechsel an eine außerdeutsche Universität erschwert wird, was in eklatanter Weise den Zielen der Vereinbarung von Bologna widerspricht. Erschwerend kommt hinzu, dass der Übergang vom Bachelor zum Masterstudium in Deutschland nur noch eingeschränkt möglich ist. Wenn der Bachelor aber der Regelabschluss sein soll, so muss gewährleistet sein, dass dies für die Studierenden keine Sackgasse ist.
- Die Strukturreform hat gezeigt, dass die deutschen Universitäten und Hochschulen den mit dieser Reform verbundenen unweit größeren Aufwand an Lehrpersonal und Lehrräumen mit den herkömmlichen Mittelzuweisungen nicht leisten können. Hier sollte die Einführung der Studiengebühren/Semesterbeiträge Abhilfe schaffen. War bisher Bildungspolitik um eine Ausweitung der Zugangsmöglichkeiten zum Studium bemüht, werden durch die Studiengebühren neue soziale Schranken geschaffen. Das Modell einer anteiligen privaten Finanzierung auch des ersten Ausbildungsganges ist schon allein deshalb schwer nachvollziehbar, weil es nur von einigen Bundesländern durchgeführt wird. Hier regen wir an, in der Konferenz der Kultusminister die unterschiedlichen föderalen Finanzierungskonzepte der Hochschulen mit dem Ziel einer Finanzausstattung ohne private Finanzierungsanteile zu prüfen. Bei Studierenden aus Staaten mit einem niedrigen Pro-Kopf-Einkommen sollte auf jeden Fall regelmäßig geprüft werden, ob ihnen die Studiengebühren nicht erlassen werden können.
- Die Erfahrung vieler Studierender, dass trotz Studiengebühren die Personal- und Raumsituation im Hochschulbereich defizitär ist, kann nicht hingenommen werden. In zu kleinen Räumen mit zu vielen Personen kann man nicht sinnvoll lernen. Dabei erkennen wir an, dass Bayern hier im Ländervergleich schon große finanzielle Leistungen erbracht hat.

Universitäten und Hochschulen sind Bildungseinrichtungen, die wir für unsere gesellschaftliche Entwicklung dringend brauchen. Sie dienen gleichermaßen der fachlichen Ausbildung sowie der Persönlichkeitsentwicklung der Studierenden. Es liegt im ureigensten Interesse unserer Gesellschaft, dass unsere Universitäten und Hochschulen in diesem Sinne handlungsfähig bleiben. Im Bereich der Bildungspolitik gilt für uns noch immer, was Martin Luther in seinem 1524 verfassten Schreiben an die Ratsherren aller Städte deutschen Landes geschrieben hat:

„Nun liegt einer Stadt Gedeihen nicht alleine darin, dass man große Schätze sammle, feste Mauern, schöne Häuser, viel Büchsen und Harnisch zeuge; ja, wo des viel ist und tolle Narren drüber kommen, ist so viel ärger und desto größerer Schade derselben Stadt; sondern das ist einer Stadt bestes und allerreichstes Gedeihen, Heil und Kraft, dass sie viel feiner, gelehrter, vernünftiger, ehrbarer, wohlzogener Bürger hat, die könnten darnach wohl Schätze und alles Gut sammeln, halten und recht brauchen.“ (W 15, 34)